Nr. 106. 48. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 12. März 191

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Beginn der Demarkationsverhandlungen in Posen

Unüberbrückbare Gegensätze.

Amtlich. **Berlin**, 12. März. (W. T. B.)

Die Mitglieder der deutschen und der interalliierten Kommission, welche die Demarkationslinie gegen die Polen genau festsetzen und die aus dem Trierer Abkommen vom 16. Februar für das von den Polen besetzte deutsche Gebiet sich ergebenden Wirtschafts-, Verkehrs- und Verwaltungsfragen regeln soll, hatten sich, wie bereits mitgeteilt, am 5. März in Kreuz getroffen. Da sich die alliierten Vertreter, entgegen der getroffenen Vereinbarung, weigerten, in Bromberg zu verhandeln und trotz der deutschen Einsprüche auf ihrem Standpunkt beharrten, einigte man sich schließlich auf Posen als Verhandlungsort. Die interalliierte Kommission reiste von Kreuz direkt nach Posen. Die deutsche Kommission begab sich zunächst nach Bromberg, wo sie am 6. März längere Konferenzen mit den städtischen und Eisenbahnbehörden hatten. Am Nachmittag des 6. März trat sie dann über Kreuz die Reise nach Posen an. Beim Betreten des von den Polen besetzten deutschen Gebietes wurden die deutschen Vertreter unter scharfe militärische Bewachung gestellt und denselben Freiheitsbeschränkungen unterworfen, die für die ersten Verhandlungen in Trier seitens des Marschalls Foch angeordnet worden waren. Die Fahrt der deutschen Kommission vom Bahnhof Posen nach dem ihr zugewiesenen Quartier erfolgte in offenen Droschken unter militärischer Begleitung. Im Hotel wurden die deutschen Delegierten sofort durch ein starkes Postenaufgebot von der Außenwelt abgeschnitten. Selbst der Verkehr innerhalb des Hotels mit den Vertretern der dortigen deutschen Behörden, sowie Telephongespräche waren nur im Beisein polnischer Offiziere erlaubt. Freiherr v. Rechenberg, der Vorsitzende der deutschen Kommission, legte sofort gegen diese unwürdige Behandlung bei Noulens, dem Vorsitzenden der Interalliiertenkommission, wie dies in Trier ebenfalls geschehen war, scharfen Protest ein und erklärte, die deutschen Vertreter würden an der für Freitag, den 7. März, anberaumten Sitzung nicht teilnehmen, wenn die polnischen Anordnungen bestehen blieben. Auch die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa erhob auf Anordnung des Reichsministers Erzberger bei Rudant Einspruch gegen das polnische Vorgehen. Nachdem hierauf die polnischen Maßnahmen zum Teil rückgängig gemacht worden waren, haben die Sitzungen der beiderseitigen Kommissionen am 7. März im Schloß ihren Anfang genommen. Berichterstattung über die weiteren Sitzungen bleibt vorbehalten, bis die bisher bestehenden Schwierigkeiten der Nachrichtenübermittlung behoben sein werden. Zurzeit finden nur Verhandlungen auf dem Gebiet des Verkehrswesens, der Verwaltung und des Wirtschaftslebens statt. Die militärische Verhandlungen mußten ausgesetzt werden, da vorerst unüberbrückbare Divergenzen eingetreten sind.

Die Entente für Abtretung Danzigs an die Polen?

Paris, 11. März. (Reuter.)

Der Friedensrat behandelte die Frage der deutschen Grenzen. Es besteht Grund anzunehmen, daß der Rat der Forderung Polens nach Aushändigung von Danzig-Neufahrwasser und des Landstreifens längs des Weichselufers, der die neuen polnischen Häfen mit Polen verbindet, stattgeben wird.

*

In Danzig ist vor kurzem eine amerikanische Ernährungskommission eingetroffen, die auch der dortigen Bevölkerung Nahrungsmittel gebracht hat. Die amerikanischen Herren haben sich bei dieser Gelegenheit ja gewiß in Danzig umgesehen und werden also wohl darüber urteilen können, ob Danzig eine polnische Stadt, oder auch nur eine Stadt mit erheblichem polnischen Volkszusatz ist. Selbst nach einem kurzen Studium müssen sie erkannt haben, daß Danzig nur als eine reindeutsche Stadt, als eine durch Zusammensetzung der Bevölkerung, Charakter und Wesen vollkommen deutsche Stadt bezeichnet werden kann. Das Pfund Fett, das man jedem Danziger Einwohner geschenkt hat, kann keinen verführen, und ganz Danzig verlangt, wie es selbstverständlich ist, deutsch zu bleiben. Die Reuter-Meldung gibt vielleicht nur dem Wunsche der Gewaltpolitiker Ausdruck, die in den Pariser Konferenzzimmern immer weitere Annexionspläne entwerfen. Sollte aber die Entente sich in dreister Weise an Danzig vergreifen und, mit oder ohne Zustimmung Wilsons, die Auslieferung Danzigs verlangen, so wird es in Deutschland hoffentlich niemanden geben, der die Unterzeichnung eines solchen Friedensvertrags dulden wird.

Dasselbe ist natürlich über die immer deutlicher hervortretende Absicht der Pariser Annexionisten zu sagen, die dahin geht, aus den Rheinlanden einen „neutralen Pufferstaat" zu machen. Einen „neutralen Pufferstaat", in dem bis zur Bezahlung der von Deutschland zu leistenden Entschädigungssummen die französische Okkupation bestehen bleiben soll. Auch der entschiedenste Pazifist in Deutschland kann in der Formulierung eines solchen Planes nichts als eine Ungeheuerlichkeit sehen. Selbstverständlich wird man es von deutscher Seite ablehnen müssen, darüber auch nur zu diskutieren. Auch an die von Frankreich gewünschte Abtretung des Saargebietes kann nicht gedacht werden. Es ist begreiflich, daß Frankreich, dessen Kohlengebiete im Kriege verwüstet worden und dessen Gruben infolge der sogenannten „militärischen Notwendigkeiten" für lange Jahre ertragsunfähig sind, einen Ersatz fordert. Ein solcher Anspruch ist, da wir zur Wiedergutmachung des angerichteten Schadens die Hand bieten wollen und müssen, nicht unberechtigt, aber er läßt sich anders erfüllen als durch die Hergabe des Landgebietes und die Versklavung der Bevölkerung.

Im übrigen muß von Zeit zu Zeit daran erinnert werden, daß der Waffenstillstand auf der Basis der Wilsonschen Punkte und Grundsätze abgeschlossen worden ist. Werden diese Punkte und Grundsätze jetzt nicht anerkannt, so war der Vertrag ein Betrug, und jeder Frieden, der auf so betrügerischer Grundlage erzwungen werden sollte, müßte zurückgewiesen werden und würde ja auch in den Augen des deutschen Volkes ungültig sein.

Die Ergebnisse der Gemeindewahlen in Preußen.

In einem erheblichen Teil des preußischen Staates haben die Gemeindewahlen auf Grund des gleichen Wahlrechts erst am letzten zulässigen Termin, nämlich am 2. März, stattgefunden. Durch den Generalstreik sind wir verhindert worden, die Ergebnisse dieser Wahlen im einzelnen zu verzeichnen, es sei aber wenigstens zusammenfassend noch einiges darüber gesagt. Im allgemeinen hat sich gezeigt, daß die Wähler die Bedeutung der Gemeindewahlen noch nicht überall begriffen hatten. Aus zahlreichen Orten wird gemeldet, daß die Wahlbeteiligung überraschend niedrig gewesen sei und teilweise nur 50 Prozent betragen habe. Die Staatsbürger haben sich anscheinend nicht klar gemacht, daß sich die Neugestaltung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens gerade in den Gemeinden zuerst und am nachdrücklichsten durchsetzen wird. Hier werden die Kämpfe um den „Aufstieg des Tüchtigen", um die Einheitsschule, um die kommunale Sozialisierungspolitik, um den großen Kampfer der Kulturfragen zunächst ausgefochten werden. Denn Reich und Staat können in vielen Fällen nur den allgemeinen Rahmen schaffen, der von der einzelnen Gemeinde seinen besonderen Inhalt erhalten wird. Die Wähler werden wohl sehr bald durch die Tatsachen darüber aufgeklärt werden, wie wichtig gerade die Gemeindewahlen für die praktische Ausgestaltung des Volksstaates sind, und man kann nur wünschen, daß die säumigen Wähler nicht erst durch Schaden klug werden müssen.

Im einzelnen ergibt sich aus den Gemeindewahlen ein buntscheckiges Bild. Während die Sozialdemokratie besonders in den Großstädten und den Industriegebieten ebenso wie bei den Nationalwahlen, wenn auch mit erheblich verminderter Stimmenzahl, fast durchweg die Mehrheit gewinnen konnte, haben die sogenannten „bürgerlichen" Parteien in den mittleren und kleineren Städten sich besser behauptet. Es muß allerdings bei dieser Gelegenheit gegen den Unfug protestiert werden, alle Parteien, die nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, in einen Topf zu werfen. Die Demokratische Partei kann unmöglich wünschen, den bürgerlichen Mischmasch zugezählt zu werden. Sie hat auf kommunalem Gebiet immerhin Ziele proklamiert, denen die rechtsstehenden Parteien sich mit aller Entschiedenheit entgegengestellt haben, während sie in vielen Fällen mit der Mehrheitssozialdemokratie zusammengehen kann. Die Demokratische Partei wird deshalb auch in der Gemeindearbeit es grundsätzlich ablehnen müssen, sich dem Diktat des Bürgerblocks zu fügen, und sie wird durch den Zwang der Dinge genötigt werden, sich ihre Unabhängigkeit ebenso nach links wie nach rechts zu wahren. Sieht man die Verhältnisse derart an, so wird man eine Unterscheidung der Gemeindewahlen dahin vornehmen müssen, ob sie eine reaktionäre oder eine reformwillige Mehrheit ergeben haben. Und in dieser Beziehung darf man mit den Ergebnissen im allgemeinen zufrieden sein. Wo die bürgerlichen Parteien das zahlenmäßige Uebergewicht haben, da bilden doch fast durchweg die Demokraten den Ausschlag nach rechts oder nach links. Gerade in solchen Gemeinden sehen sich die demokratischen Gemeindevertreter vor eine schwere, aber lohnende Aufgabe gestellt. Es liegt bei ihnen, ob die Entwicklung in der Richtung einer ruhigen und besonnenen Reformpolitik fortschreiten oder ob das Gemeindeleben auch weiterhin stagnieren soll.

Leider ist die reinliche Scheidung zwischen den reaktionären Parteien und den Demokraten nicht überall erfolgt. Die Mischmaschpolitik, die sich an die Kirchturminstinkte wendet, hat auch in einigen Berliner Vororten sich durchzusetzen gewußt. So hat in Potsdam die bürgerliche Liste 29 Gemeindevertreter durchgebracht, denen 21 sozialdemokratische Stadtverordnete gegenüberstehen. Hier haben die Demokraten die Aufgabe, sich so schnell als möglich von den übrigen reaktionären Parteien abzusondern und sich damit die notwendige Selbständigkeit zu sichern. In Spandau haben die Mehrheitssozialdemokraten 20, die Unabhängigen 19 Mandate gewonnen. Ihnen stehen 10 Demokraten und 11 Vertreter der übrigen Parteien gegenüber. In Oranienburg brachten es die Unabhängigen auf 11, die Mehrheitssozialisten nur auf 7 Sitze. Die Demokraten bilden mit 12 Sitzen die stärkste Fraktion; außerdem gewannen die rechtsstehenden Parteien 6 Mandate. Aus dem Regierungsbezirk Frankfurt an der Oder sei erwähnt, daß in Sorau die Sozialdemokratie mit 17 Mandaten die Mehrheit gegenüber 13 Vertretern der übrigen Parteien erhielt. Auch in Sommerfeld hat die Sozialdemokratie die Mehrheit. In Küstrin bilden die Demokraten das „Jünglein an der Wage". Hier wurden 12 Sozialdemokraten gewählt; von den übrigen 24 Stadtverordneten sind 7 Demokraten, sie können also mit der Sozialdemokratie eine Mehrheit schaffen.

In Ostpreußen war die Wahlbeteiligung allgemein sehr gering. Die Hochburgen des Zentrums, wie Allenstein, Heilsberg, Braunsberg, konnten von der Sozialdemokratie nicht genommen werden. In Königsberg haben die bürgerlichen Parteien eine knappe Mehrheit behalten. Dagegen sind Memel, Tilsit und Ragnit von der Sozialdemokratie erobert worden. Die Polen haben vergeblich agitiert. Sie konnten nur in Allenstein einen Sitz gewinnen.

Auffallend gering blieb die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in dem vielumstrittenen Wilhelmshaven; hier

Vorfriedensfragen im Reichskabinett.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

H. Weimar, 12. März.

Das Reichskabinett trat heute nachmittag zu einer wichtigen Sitzung zusammen. Der Reichsminister des Aeußern, Graf Brockdorff-Rantzau, und Reichsminister Erzberger treffen heute nachmittag ebenfalls in Weimar ein, um an der Sitzung teilzunehmen. Es handelt sich um Besprechungen über die Zusammensetzung der Friedensdelegation und um Vorfriedensfragen. Auch der Notetat wird das Kabinett beschäftigen.

Bern, 12. März. (T. U.).

Wie verlautet, sind die Bedingungen des Präliminarfriedens in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Art bereits fertiggestellt. Ihre endgültige Formulierung wird aber erst nach dem Eintreffen des Präsidenten Wilson in Paris erfolgen. Die endgültige Beschlußfassung über die Bedingungen wird nicht durch die Zehnerkommission, sondern durch einen Ausschuß erfolgen, dem Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando angehören. Der Zehnerrat wird in einer Plenarsitzung nur seine formelle Zustimmung geben. Nach der endgültigen Beschlußfassung wird **an die deutsche Regierung die Aufforderung ergehen, ihre Vertreter nach Paris zu entsenden.** Sie werden nicht an einer Plenarsitzung des Friedenskongresses teilnehmen dürfen, Wilson, Lloyd George und Clemenceau werden die Vertreter Deutschlands in Versailles empfangen und ihnen persönlich Mitteilung über die Friedensbedingungen machen.

Haag, 12. März.

Aus Paris wird gemeldet: Der „Matin" meldet, daß der vorläufige Friede **Ende April unterschrieben** werden könne.

Zwei Monate Abrüstungsfrist für Deutschland

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Basel, 12. März.

Das Bureau Europa Preß meldet: Ueber die Pläne zur Entwaffnung Deutschlands teilen die Pariser Blätter weitere Einzelheiten mit. Aus ihnen wäre hinsichtlich der Marine zu entnehmen, daß die Deutschen 6 Panzerschiffe, 5 Linienkreuzer, 12 Torpedobootszerstörer und 26 Torpedoboote behalten dürfen. Nach der Pariser Ausgabe der „Daily Mail" würde das Höchstmaß für Torpedobootszerstörer 2000 Tonnen und für Panzerkreuzer 10 000 Tonnen betragen. Panzerschiffe und leichte Kreuzer dürfen nicht vor Ablauf von 20 Jahren, Torpedobootszerstörer nicht vor Ablauf von 15 Jahren erneuert werden. Die militärischen Sachverständigen, berichtet er weiter, werden alle Einzelheiten der neuen Bedingungen festsetzen, worauf dann am Freitag, am Tage nach der Ankunft Wilsons, die zweite Lesung der militärischen und maritimen Bestimmungen des endgültigen Waffenstillstandsvertrages festgesetzt werden. Wie der „Temps" meldet, soll Deutschland eine Frist von zwei Monaten eingeräumt werden, um sich den neuen militärischen Verhältnissen, wie sie von der Konferenz beschlossen werden, anzupassen.

Stockholm, 11. März.

Laut „Stockholms Tidningen" erklärte der amerikanische Gesandte Nexris auf einem Bankett, er habe im Auftrage Hoovers mit dem schwedischen Roten Kreuz über dessen Mitwirkung bei Verteilung von Lebensmitteln in Deutschland verhandelt, wo es vor allem an Leidende und Bedürftige Lebensmittel verteilen solle. Der ganze Plan sei bis auf einige technische Einzelheiten fertig, über die man sich aber in wenigen Tagen wohl einigen werde; daraufhin würden die Lebensmittelsendungen, hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten, beginnen können.